



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 1 - V - 4 0 - 0 0 2 2  
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e)

III

Ausbau Grundschulkinderbetreuung- Personalbedarf

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent/in

Imholz

Stadtrat

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 16.06.2021

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

gez. Imholz  
 Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 4.950.031,87  
 in %: 5,4

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2021	Personalkosten	22.268		22.268	1300018	630098	Reste aus Schulamt
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				<b>22.268</b>		<b>22.268</b>			

	x	2022	s.o.	267.222	267.222		1300018	s. o.	Zusetzung
	x	2023	s.o.	267.222	267.222		1300018	s. o.	Zusetzung
<b>Summe Folgekosten:</b>				<b>534.444</b>					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Neben den im Haushalt verankerten Baumaßnahmen, ist ein Förderprogramm zum Ausbau der Grundschulkinderbetreuung aufgelegt worden. Die Abteilung "Schulbau" ist bereits mit den laufenden Maßnahmen über ihren personellen Kapazitäten. Das Programm kann ohne weiteres Personal nicht umgesetzt werden. Hier kann es zum Verlust von Fördermitteln kommen.

## Anlagen:

Stellenbeschreibung 4322

## C Beschlussvorschlag:

Es wird zur Kenntnis genommen:

1. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der Schulbauprojekte erheblich erhöht.
2. Neben dem Kommunalen Investitionsprogramm II (KIP II) der Ausbau der Grundschulkinderbetreuung als Förderprogramm abgearbeitet werden muss.
3. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2025 im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben wurde. Der Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur muss schon jetzt geschaffen werden. Dez VI / Amt 51 betreut das Projekt „Ausbau der Grundschulkinderbetreuung“ in der LH Wiesbaden federführend.
4. Die Verantwortung für die erforderlichen baulichen Maßnahmen an Schulen zur Herstellung der notwendigen Strukturen für die Grundschulkinderbetreuung beim Dez. III / Amt 40 als Schulträger liegt und im Rahmen eines Teilprojektes in Abstimmung mit Dez VI / Amt 51 erfolgt.
5. Die vorhandenen Stellenkapazitäten für die Umsetzung der im Haushaltsplan veranschlagten Baumaßnahmen bereits nicht mehr ausreichen.
6. Im Haushaltsplanentwurf 2022/23 in den weiteren Bedarfen drei zusätzliche Stellen für den Bereich „Schulbauprojekte“ aufgenommen wurden.
7. Diese Stellen dienen der Umsetzung der laufenden und in Planung befindlichen Projekte sowie der Abarbeitung des Förderprogramms „Ausbau Grundschulkinderbetreuung“. Die ersten Maßnahmen aus diesem Programm müssen bis Ende des Jahres 2021 abgearbeitet werden. Sollten die Fristen nicht eingehalten werden, ist mit dem Verlust von Fördermitteln zu rechnen.
8. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über den Rechtsanspruch ab 01.08.2026 ist zu rechnen. Damit wird auch in den nächsten Jahren die Umsetzung von Baumaßnahmen in diesem Bereich erfolgen müssen.

Es wird beschlossen:

9. Zum Stellenplan 2022/2023 werden im Bereich 4003 Schulbau drei Vollzeitplanstellen im Stellenwert A11/ E11 TVöD geschaffen. Die Stellenbeschreibung der Stellennummern 4322 dient als Grundlage für den

Stellenwert. Die Planstellen werden mit einem kw-Vermerk versehen, der zum Stellenplan 2026/2027 wirksam wird.

10. Zur Abarbeitung des Förderprogramms „Ausbau Grundschulkinderbetreuung“ wird 40 ermächtigt vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2022/2023 eine der drei Vollzeitplanstellen überplanmäßig zu besetzen. Die Finanzierung für 2021 erfolgt aus dem Budget des Schulamtes.

11. Für die Jahre 2022/2023 ist die Finanzierung der Personalkosten in Höhe von 267.222 € in der Haushaltsanmeldung des Dezernates III/40 als „weitere Bedarfe“ aufgenommen und werden Bestandteil der Haushaltsplanberatung 2022/2023.

12. Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018ff ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals Dezernat III / 40 nach Genehmigung des Haushalts und Stellenplans 2022/2023 um 3,0 VZÄ zu erhöhen.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

In den Haushaltsjahren 2018 ff wurde dem Schulamt erhebliche Mittel zur Abarbeitung des Schulsanierungstaus bewilligt. Aktuell werden folgende Projekte von der Abteilung „Schulbau“ begleitet:

Schule	Maßnahme
Grundschule Breckenheim	Neubau
Johannes-Maaß-Schule	II. Bauabschnitt
Grundschule Bierstadt	Erweiterung
Gymnasium am Mosbacher Berg	Neubau Verwaltung und Erweiterung
Hebbelschule / MSS Dichterviertel	Neubau Mensa
Berufsschulzentrum Campus	Neubau
Hafenschule / Erich Kästner-Schule	Sanierung, Erweiterung
Wilhelm-Leuschner-Schule	Umbau Mensa (KIP II)
Wilhelm-Leuschner-Schule	Sanierung Pavillons
Grundschule Wettiner Straße	Neubau
Grundschule Mainz-Kastel	Neubau
IGS Bierstadt Nord	Neubau
Wickerbach Grundschule	Neubau Turnhalle
Albrecht-Dürer-Schule	Sanierung
Werner-von-Siemens-Schule	Neubau Turnhalle
IGS Rheingauviertel	Neubau Turnhalle
Karl-Gärtner-Schule	Neubau Turnhalle
Kerschensteiner Schule	Sanierung / Neubau Laborgebäude
F.-v.-Bodelschwingh-Schule	Brandschutzmaßnahme
F.-v.-Bodelschwingh-Schule	Sanierung Therapiebecken
Erbenheim Süd	Neubau Grundschule
Kohlheckschule	Erweiterung
Ludwig-Beck-Schule	Erweiterung
Adalbert-Stifter-Schule	Neubau Turnhalle und Sanierung der Alten
Schwimmendes Bootshaus	Ersatz
Helene-Lange-Schule	Sanierung
Elisabeth-Selbert-Schule	Neubau
Brüder-Grimm-Schule	Erweiterung

Verschiedene Schulen	Containeranlagen
Gutenbergschule	Neubau Turnhalle (KIP II)
Oranienschule	Dach- und Fassadensanierung (KIP II)
Friedrich-Ebert-Schule	Neubau Hauptgebäude
Martin-Niemöller-Schule	Neubau
Diltheyschule	Sanierung Musikgebäude
Rechtsanspruch Ganztags	Noch nicht festgelegt

34 laufende Projekte

5 Projekte pro vollzeitbeschäftigten Mitarbeiterin/Mitarbeiter

Bedarf: 7 vollzeitbeschäftigte Mitarbeiterin/Mitarbeiter (ohne Umsetzung Rechtsanspruch)  
Die Aufstellung der laufenden Projekte zeigt bereits, dass die vorhandenen 5 VZÄs im Bereich „Schulbau“ die Betreuung der Maßnahmen nur mit erheblichen Mehrstunden bewältigen können. Aus Erfahrung kann ein VZÄ 5 Projekte betreuen. Aktuell sind 34 Projekte abzuarbeiten, ohne die Maßnahmen für die Umsetzung des Ganztagsanspruchs. Daher sind für die laufenden Maßnahmen zwei weitere Kräfte notwendig sowie für die Umsetzung des Ganztagsanspruches eine zusätzliche Kraft. Neben den genannten Maßnahmen befinden sich weitere kurz vor Abschluss, die ebenfalls Kapazitäten binden. Unter anderem sind dies der Neubau Carl-von-Ossietzky-Schule sowie der Neubau der Albert-Schweitzer-Schule.

Da das Förderprogramm bereits läuft und die ersten Maßnahmen bis Ende 2021 abgeschlossen sein müssen, ist es dringend notwendig, diese Person bereits zeitnah einzustellen. Ohne eine personelle Verstärkung im Bereich „Schulbau“ kann es zu zeitlichen Verzögerungen in der Abarbeitung kommen und damit zum Verlust der Fördermittel.

Durch die weitere bauliche Verdichtung innerhalb des Stadtgebiets und der steigenden Schüler/innenzahlen kommt es vermehrt zu Neubauten von Schulgebäuden. Weiter führt die Abarbeitung des Instandhaltungssatus zu größeren Maßnahmen, die in der Bauunterhaltung nicht mehr betreut werden können. Ohne eine personelle Verstärkung in diesem Bereich, werden sich Projekte in der Abarbeitung zeitlich verzögern. Dies führt vermehrt zu provisorische Maßnahmen wie die Aufstellung von Containeranlagen, was ebenfalls personelle Kapazitäten bindet, zusätzliche Kosten verursacht und natürlich qualitativ nicht das Niveau „fester“ schulischer Neubauten erreicht. Dies hat wiederum Einschränkungen in den pädagogisch/didaktischen Möglichkeiten der Wiesbadener Schulen zur Folge.

Bis zum Jahr 2027 werden im Bereich 400330 „Schulbau“ die Mitarbeiter der St. Nr. 4322 und 19289 das Renteneintrittsalter erreichen. Das Schulamt wird im Zuge der Nachbesetzung prüfen, ob eine Kompensation möglich ist.

## II. Demografische Entwicklung

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

## III. Umsetzung Barrierefreiheit

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

**V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 16.06.2021

Imholz  
Stadtrat